

## **BUND-Forderungen an die Politik zur Gestaltung einer verbraucher- und umweltfreundlichen Landwirtschaft**

Eine Umgestaltung der Landwirtschaft hin zu einer verbraucher- und umweltfreundlichen Wirtschaftsweise ist überfällig, auch in Niedersachsen. Die derzeitige BSE-Krise stellt aus Sicht des BUND den Höhepunkt einer langjährigen Fehlentwicklung dar. Nur durch gründliches Umdenken und Umlenken der Fördermittel können kleinere landwirtschaftliche Betriebe überleben und Verbraucherinnen und Verbraucher gesunde heimische Lebensmittel erhalten. Das Vertrauen kann nur wiedergewonnen werden, wenn durch politische Maßnahmen sichergestellt wird, dass zukünftig ein Höchstmaß an Transparenz bei der landwirtschaftlichen Erzeugung, beim Tiertransport, der Lebensmittelweiterverarbeitung und beim Handel garantiert ist. Zusätzlich zu gesunden Lebensmitteln muss die landwirtschaftliche Produktionsweise sauberes Trinkwasser, den Schutz des Klimas, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und den Schutz von Pflanzen und Tieren stärker als bisher mit berücksichtigen – auch dies gehört zu einem erweiterten Verbraucherschutz.

Niedersachsen kommt als Agrarland eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer zukunfts- und überlebensfähigen Landwirtschaft zu. Diese Neuorientierung darf sich nicht nur auf die verstärkte Förderung des ökologischen Landbaus beschränken, sondern muss sich vielmehr auch auf die konventionelle Landwirtschaft beziehen, dort besteht der eigentliche Nachholbedarf. Neben der direkten Förderung einer verbraucher- und umweltfreundlichen Erzeugung ist der Wiederaufbau entsprechender Weiterverarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe besonders wichtig. Hier müssen vor allem regionale Initiativen gestartet bzw. gefördert werden, damit die Existenz der landwirtschaftlich neu orientierten Betriebe gesichert ist. Die Finanzplanung der AGENDA 2000 bietet längst schon den Rahmen für eine landwirtschaftliche Neuorientierung, doch diese Möglichkeiten wurden in Deutschland bisher sträflich vernachlässigt. Hier ist eine schnelle Änderung der Förderungspraxis im Sinne einer verbraucher- und umweltfreundlichen Landwirtschaft dringend erforderlich.

*Der BUND hält folgende politische Sofortmaßnahmen für notwendig:*

### **Futtermittel statt Sondermüll**

- Tiere sind Mitgeschöpfe und müssen artgerecht gefüttert und gehalten werden. Sie dürfen nicht länger als „Abfalleimer der Gesellschaft“ missbraucht werden: Tiermehl oder gar Altöl und Fäkalien in Futtermitteln sind sofort zu verbieten und dauerhaft auszuschließen. Um zukünftige Krisen zu vermeiden, darf der Einsatz von Antibiotika, Hormonen und gentechnisch veränderten Futterpflanzen in der Landwirtschaft nicht erlaubt werden.
- Nutztiere müssen mit wirtschaftseigenem Futter ernährt werden. Der Anbau von Grund- und Kraftfutter auf den Höfen garantiert höchstmögliche Sicherheit für Landwirte und Verbraucher. Transporte aus Übersee und quer durch Deutschland können so vermieden werden. Bedenkliche Substanzen wie Tiermehle, Arzneistoffe, Schimmeligifte etc., die vom Landwirt bei herkömmlichen Futtermitteln nicht kontrollierbar sind, sind so vermeidbar. Der Anbau von Futterpflanzen lockert außerdem die Fruchtfolgen im Ackerbau auf. So erfolgt gleichzeitig eine natürliche Förderung der Bodenfruchtbarkeit, z.B. durch den verstärkten Anbau von Erbsen und Ackerbohnen.
- Bis zur völligen Umstellung der Fütterung auf wirtschaftseigene Futtermittel sind die gehandelten Produkte an allen Stellen der Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung streng zu überwachen. Bestehende Gesetze müssen eingehalten und durch personell und materiell gut ausgestattete Behörden mit Nachdruck kontrolliert werden.

## **Umweltverträgliche Landwirtschaft statt Agrarfabriken**

- Neben der gezielten Förderung des ökologischen Landbaus müssen zukünftig finanzielle Agrarförderungen immer mit der Auflage, natur- und umweltverträglich zu wirtschaften, verbunden sein. Die dazu bereits EU-weit bestehenden Möglichkeiten zur Verknüpfung von Preisausgleichszahlungen und Auflagen wurden gerade von der deutschen Agrarpolitik auf Druck der deutschen Agrarlobby weitgehend behindert. Hier muss dringend gegengesteuert und die vorhandenen Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden.
- Die Landesregierung muss neue rechtliche Bedingungen für ressortübergreifende und umfassende Förderkonzepte für eine flächendeckend umweltverträglich und tiergerecht arbeitende Landwirtschaft schaffen. Dazu ist eine ständige Arbeitsgruppe aus Vertretern des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums, der Umwelt- und Verbraucherverbände sowie von Agrar- und Umweltexperten aus dem Bereich der Forschung einzurichten.
- Neben den Erzeugern müssen klein- und mittelständische dezentrale Weiterverarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe unterstützt bzw. wieder aufgebaut werden, andernfalls besteht die Gefahr, dass die Vermarktung verbraucher- und umweltgerechter Erzeugnisse scheitert und damit die landwirtschaftliche Umgestaltung. Die EU-Mittel zur Förderung umweltgerechter Kleinbetriebe mit hoher Beschäftigungsquote müssen entsprechend genutzt werden.

## **Produkthaftung durch regionale Kreisläufe statt globale Anonymität**

- Transparenz und Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher läßt sich am besten durch regionale Produktionskreisläufe und Vermarktungswege gewährleisten. Je kürzer und klarer der Weg vom Futtermittel hin zum Lebensmittel ist, umso größer sind auch die Möglichkeiten der Produkthaftung. Daher müssen solche Wege zukünftig gestärkt und den weiteren Globalisierungstrends in der Landwirtschaft entgegengewirkt werden.
- Die internationale Arbeitsteilung in der Landwirtschaft mit Agrarfabriken als offenen Systemen, in denen Herkunft von Futtermitteln und Verbleib von Tieren ungeklärt bleiben, ist maßgeblich mitverantwortlich für die derzeitige Landwirtschaftskrise. Die Landesregierung muss daher ihre Möglichkeiten nutzen, um Änderungen des EU-Rechts im Bereich Futtermittelrecht, Tiertransporte bzw. Tierschutz allgemein, Flächenprämien und Lebensmittel-Kennzeichnung im Sinne einer verbraucher- und umweltgerechten Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion zu erwirken.

## **Verbraucherverantwortung statt Verbraucherunmündigkeit**

- Zum Aufbau einer flächendeckenden verbraucher- und umweltgerechten Landwirtschaft gehört, dass die Endabnehmer der landwirtschaftlichen Produkte von der Qualität überzeugt sind. Um dies zu erreichen, müssen Politik und die landwirtschaftlichen Vermarktungsorganisationen stärker als bisher den Vorteil von *gut statt billig produzierten Lebensmitteln* herausstellen. Durch Transparenz und klare Lebensmittelkennzeichnung müssen die Verbraucher besser als bisher in die Lage versetzt werden, sich für umwelt- und artgerecht produzierte Lebensmittel zu entscheiden. Gut informierte Verbraucher erkennen schneller ihre Verantwortung bei der Gestaltung der Nahrungsproduktion. Eine Chancengleichheit zwischen Verbraucherinteressen und Wirtschaftsinteressen muss hergestellt werden.
- Damit Transparenz nicht nur ein kurzlebiges Schlagwort ist, müssen Verbraucher-, Umwelt-, Ärzte- und andere Fachverbände als dauerhaft begleitende Expertenrunde beim neuen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hinzugezogen werden.